



Gemeinde Pfinztal

Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 29.11.2022

Ort:	Selmnitzsaal (Europaplatz), Karlsruher Straße 84, 76327 Pfinztal (Berghausen)
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:45 Uhr

Anwesende Personen

Vorsitzende:

Bodner, Nicola

Ordentliche Mitglieder:

Eisenbusch-Costerousse, Dagmar

Frensch, Kristin

Gegenheimer, Thomas

Gutgesell, Andreas

Herb, Artur

Hörter, Frank

Hruschka, Andreas

Konstandin, Angelika

Lüthje-Lenhardt, Monika

Möller, Eva

Nickles, Helmut

Rahn, Klaus-Helimar, Dr.

Reeb, Tilo

Rendes, Markus

Ringwald, Markus

Roßwag, Ulrich, Dr.

Rothweiler, Edelbert

Rothweiler, Sonja

Schaier, Barbara

Schwarz, Simon

Vogel, Roland, Dr.

Vortisch, Volker Hans - Teilnahme ab 18:15 Uhr TOP Ö 2

Schriftführerin:

Riegel, Sarah

Verwaltung:

Bauer, Christian

Dickemann, Niklas

Kauter-Eby, Thomas

Münch, Jens

Sturm, Thomas

Mitwirkende/ext. Org.:

Elsässer, Martin - zu TOP Ö 2 (Vorhabenbezogener
Bebauungsplan "Söllinger Straße 52")

Schöner, Martin - zu TOP Ö 2 (Vorhabenbezogener
Bebauungsplan "Söllinger Straße 52")

Weimer, Thomas - zu TOP Ö 2 (Vorhabenbezogener



Bebauungsplan "Söllinger Straße 52")
Wenz, Jürgen - zu TOP Ö 2 (Vorhabenbezogener
Bebauungsplan "Söllinger Straße 52")

Ortsvorsteher:

Oberle, Gebhard

Nichtanwesende Personen

1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 21.11.2023.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 24.11.2023.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 12 von 23 Mitglieder anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:
Gemeinderat Ringwald
Gemeinderat Reeb



T A G E S O R D N U N G

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Söllinger Straße 52", OT Kleinsteinbach **BV/134/2022**
 - Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und Träger öffentlicher Belange
 - Beratung und Beschlussfassung
3. Gehweg- u. Radwegausbau inkl. Kreiselmanagement Kreuzung Reetzstraße / Nordumgehung, OT Söllingen **BV/101/2022/1**
 - Beratung und Beschlussfassung
4. Änderung der Satzung über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage und die Versorgung der Grundstücke mit Wasser (Wasserversorgungssatzung – WVS) **BV/105/2022/1**
 - Beratung und Beschlussfassung
5. Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung – AbwS) **BV/111/2022/1**
 - Beratung und Beschlussfassung
6. Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung) **BV/115/2022**
 - Beratung und Beschlussfassung
7. Umsatzsteuerreform §2b UStG - Umsatzsteueranpassungssatzung **BV/114/2022**
 - Beratung und Beschlussfassung
8. Umsatzsteuerreform §2b UStG - Anpassung privatrechtlicher Entgeltregelungen **BV/117/2022**
 - Beratung und Beschlussfassung
9. Hallenbenutzungsordnung - Umsatzsteuerreform **BV/116/2022**
 - Beratung und Beschlussfassung
10. Benutzungs- und Gebührenordnung für das Bürgerhaus - Umsatzsteuerreform **BV/123/2022**
 - Beratung und Beschlussfassung
11. Benutzungs- und Gebührenordnung für den Selmnitzsaal und Multifunktionsraum **BV/124/2022**
 - Beratung und Beschlussfassung
12. Umsatzsteuerreform - Tiefgaragenstellplätze Europaplatz **BV/120/2022/1**
 - Beratung und Beschluss
13. Umsatzsteuerreform - Vermietung Wohnwagenstellplätze Festplatz Wöschbach **BV/125/2022/1**
 - Beratung und Beschluss



-
14. Förderung von Kultur- und Sportvereine 2022 **BV/074/2022**
Beratung und Beschlussfassung über Gewährung von
a) Grundbeträgen
b) Jugendzuwendungen
c) Investitionszuschüsse
15. Mitteilungen der Bürgermeisterin
16. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
17. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Keine Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner.

2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Söllinger Straße 52", OT Kleinsteimbach

- Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und Träger öffentlicher Belange
- Beratung und Beschlussfassung

Bürgermeisterin Bodner leitet den Tagesordnungspunkt ein und stellt Herr Schöner und Herr Weimer der VR Bank Enz plus vor.

Herr Schmid stellt den Tagesordnungspunkt vor. Im nächsten Schritt solle nun die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden bzw. Träger öffentlicher Belange durchgeführt werden. Der Entwurf hierzu befinde sich in den Sitzungsunterlagen.

Gemeinderat Rothweiler möchte wissen, weshalb der Bebauungsplan „Söllinger Straße 52“ und nicht „Betreutes Wohnen“ heiße. Außerdem fragt er, wie man als Investor zusichern könne, dass nur Senioren die Wohnungen bewohnen werden und ob das Windhundprinzip herrschen würde. Zudem äußert er, wenn auch junge Familien die Wohnungen bewohnen sollten, bräuchte man einen Stellplatz. Für Senioren würden noch Aufenthaltsmöglichkeiten außerhalb der Anlage benötigt werden und die angekündigten zwei Baukörper der Anlage würde er nicht erkennen.

Herr Weimer erklärt, es werde nicht über ein Bauprojekt gesprochen, sondern über eine Seniorenanlage. Ziel sei es, eine Seniorenpflege und Begegnungsanlage zu schaffen. Das Windhundprinzip werde es nicht geben. Es werde eine Auflage der Nutzungsmöglichkeiten der Wohnungen geben. Junge Familien würden die Vergabekriterien dann nicht erfüllen. Diese Kriterien seien noch nicht abschließend festgelegt, beispielsweise sei die Pflegebedürftigkeit ein Kriterium. Die Nutzung dieser Wohnungen für junge Familien sei somit nicht möglich, der Besitz jedoch schon. In diesen Fällen müssten die Wohnungen dann an Senioren vermietet werden, welche die Kriterien erfüllen. Der Bedarf für Spielplätze werde nicht gesehen. Der Platz für einen Spielplatz oder auch für einen Park sei nicht vorhanden.

Gemeinderat Rothweiler sagt, dass es für Senioren mindestens zwei Treffpunkte geben solle, um rauszugehen und sich zu treffen. Senioren seien nicht mehr gut zu Fuß, deswegen sei solch ein Treffpunkt vor Ort wichtig.

Herr Weimer stimmt Gemeinderat Rothweiler zu und zeigt nochmals die Pläne der Anlage. Es sei ein Gebäude und keine zwei. Im Freien solle es Aufenthaltsmöglichkeiten in Form von Sitzmöglichkeiten im Erdgeschoss angrenzend an das Gebäude geben. Dort solle es auch Möglichkeiten zum Essen und Trinken geben. Dadurch solle Raum für Begegnungen geschaffen werden.

Gemeinderätin Konstandin spricht ihr Vertrauen gegenüber den Partnern Volksbank und Diakonie aus. Sie möchte noch wissen, ob die Lärmschutzwand in Richtung der B10 angebracht werde. Bei einem Informationsabend der Volksbank sei über Stellplätze gesprochen worden. Sie möchte wissen, ob diese überdacht werden könnten. Ansonsten werde absolute Zustimmung erteilt.



Herr Weimer antwortet, dass Lärmschutz in Form einer Lärmschutzwand oder eines Lärmschutzwalls notwendig sei. Er bevorzuge eine Lärmschutzwand, da diese unauffälliger sei. Angebracht werden solle diese an der B10. Das liege jedoch auf Staatsgrund und sei somit Landesthema. Das Regierungspräsidium müsse entscheiden. Ansonsten werde es eine Lärmschutzwand auf eigenem Grund geben. Die Überdachung von Stellplätzen sei baurechtlich kein Problem. Allerdings würde das zu höheren Kosten führen und die Wohnungen müssten teurer verkauft werden. Er würde raten, das Geld einzusparen. Eine Begrünung halte er nicht für notwendig, da dies ausreichend vorhanden sei.

Gemeinderätin Schaier äußert, dass sie einen Lärmschutzwall für schöner und besser erachtet. Zustimmung werde erteilt.

Gemeinderätin Möller fragt, wie die Verteilung der Stellplätze aussehe und wie diese erworben werden können.

Herr Weimer antwortet, dass pro Wohnung 1 ½ Stellplätze berechnet werden. Erfahrungsgemäß hätten nicht alle Personen ein Auto. Er vermutet, man würde eher Schwierigkeiten haben, die Tiefgaragenstellplätze zu vermarkten.

Gemeinderätin Möller ergänzt, dass klar sein solle, dass freie Stellplätze keine Dauerparkplätze für Wohnungsnutzer sein sollten. Pro Wohnung solle es nur einen Stellplatz geben.

Herr Weimer antwortet, dass ggf. Stellplätze dann privat weitervermietet werden könnten.

Gemeinderätin Möller sagt, sie halte die Stellplätze für zu knapp.

Gemeinderätin Frensch bezieht sich auf die 10 ausgewiesenen Stellplätze für Diakonie-Mitarbeiter:innen und möchte wissen, ob die Diakonie nicht mehr als 10 Autos hätte.

Herr Weimer verneint dies.

Gemeinderätin Frensch sagt, sie wohne in Söllingen neben der Diakonie. Mitarbeiter:innen würden überall am Straßenrand in der Nähe der Diakonie parken. Dies sei eine Fehlplanung gewesen und führe zu Chaos, da in Söllingen nicht genug Parkplätze vorhanden seien.

Herr Weimer bestätigt die Aussagen von Gemeinderätin Frensch. In Söllingen sei kaum Platz für Autos. Mitarbeiter:innen würden sich jedoch auf Söllingen und Kleinsteinbach verteilen und somit seien es nicht mehr Autos, sondern 10 Parkplätze mehr, die für Mitarbeiter:innen zur Verfügung stehen würden.

Gemeinderat Schwarz erkundigt sich, ob Ladestationen für E-Autos und Car-Sharing-Parkplätze vorgesehen seien.

Herr Weimer antwortet, dass Ladestationen vorgesehen seien. Car-Sharing sei jedoch kein Geschäftsmodell der Diakonie.

Gemeinderätin Konstandin möchte wissen, wie verhindert werden könne, dass Außenstehende nicht auf Besucherparkplätzen parken würden, die keine Besucher seien.

Herr Weimer erklärt, dass es schwer sei, dies zu kontrollieren.



Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden bzw. Träger öffentlicher Belange gem. den Vorschriften der §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen. Der Zeitpunkt wird in das Ermessen der Verwaltung gestellt.

Das Gremium stimmt dem Beschlussvorschlag der Gemeindeverwaltung einstimmig zu.

**3. Gehweg- u. Radwegausbau inkl. Kreiselmanagement Kreuzung Reetzstraße / Nordumgehung, OT Söllingen
- Beratung und Beschlussfassung**

Bürgermeisterin Bodner eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Amtsleiter Kauter-Eby erklärt, das Thema sei bereits kritisch im Ausschuss vorberaten worden. Der Kreisel werde prioritär gesehen, dies werde auch dem Gemeinderat als Beschlussvorschlag vorgelegt.

Gemeinderätin Frensch sagt, sie finde den Plan sehr schlecht und komme auch mit der Beschlussvorlage nicht klar. Sie stelle sich die Frage, was durch den Kreisel mit dem Radverkehr passieren würde, der vom Kiosk Graf in Söllingen komme und links in den Radweg einbiegen wolle.

Amtsleiter Kauter-Eby antwortet, dass Fahrradfahrer vor dem Kreisverkehr auf den Radweg entlang der Pfinz abbiegen können.

Gemeinderätin Frensch hält dies für keine Verbesserung für die vielen Fahrradfahrer.

Amtsleiter Kauter-Eby erklärt, dass der Kreisel keine Verbesserung für den Radverkehr sei, dies sei so aber vom Ausschuss entschieden worden. Der Kreisel Sorge für mehr Sicherheit an dieser Kreuzung, allerdings nicht für Fahrradfahrer. Eine durchgängige Lösung sei nicht machbar.

Gemeinderat Dr. Vogel möchte wissen, ob die aufgeführten 1,2 Mio. € nur Kosten für die Planungsvergabe seien und welchen Betrag der Auftragsvergabe an das Ingenieurbüro zugeordnet werden könne. Außerdem fragt er, inwieweit man sich auf die jetzigen Planungen verlassen könne, wenn erst in den Jahre 2025 – 2027 Mittel im Haushalt veranschlagt und Ausschreibungen getätigt werden würden.

Gemeinderat Hörter sagt, die Kreuzung sei ein Gefahrenpunkt mit schon mehreren Unfällen. Der Verkehr würde durch den Kreisel abgebremst werden, die helfe auch Radfahrern. Zustimmung zur Vorgehensweise der Verwaltung werde erteilt.

Gemeinderat Dr. Roßwag äußert, bis im Jahr 2026 könne sich kostenmäßig noch einiges ändern. Vielleicht könne man bis dahin den Kreisel provisorisch bauen. Eine Lösung für Fahrradfahrer wäre schön gewesen, Zustimmung werde jedoch erteilt.

Amtsleiter Kauter-Eby sagt, dass man für die Planung nun viel Zeit hätte, die Kosten könnten noch nicht genau benannt werden.



Gemeinderätin Lüthje-Lenhart erklärt, sie hätte lange gebraucht, um die Vorlage zu verstehen. Der Kreisverkehr würde den Verkehr nicht verlangsamen, da die Autos nicht mehr anhalten müssten, sondern der Verkehr durchfließe. Dies könne für Radfahrer eine Gefahr darstellen. Sie fragt, ob ein roter Fahrradstreifen oder ein Hinweis auf abbiegende Radfahrer möglich wäre.

Amtsleiter Kauter-Eby trägt bei, dass es eine komplizierte statistische Untersuchung sei, welches Konzept sicherer wäre. Es gäbe bei beiden Varianten Vor- und Nachteile. Durch den Kreisverkehr würde der Verkehr mehr gelenkt werden aber der individuelle Autofahrer spiele eine Rolle. Durch beengte Verhältnisse sei eine andere Lösung nicht möglich. Der Radweg an der Reetzstraße müsse in Zukunft nochmal thematisiert werden.

Gemeinderat Schwarz sagt, man solle prüfen, ob aus Planungssicht Möglichkeiten bestehen würden, geschützte Kreisverkehre wie in den Niederlanden umzusetzen.

Amtsleiter Kauter-Eby antwortet, dass die Vorgaben im Genehmigungsverfahren sehr strikt seien.

Beschluss:

- 1. Das Ingenieurbüro BAMl wird beauftragt die Planungen für den Kreisverkehr bis zur Ausschreibungsreife vorzubereiten sowie die Ausführungspläne, die für die Beantragung der verkehrsrechtlichen Genehmigung erforderlich sind.**
- 2. Der Ausbau des Abschnitts „Radweg Reetzstraße“ vom Kreisverkehr bis zur S-Kurve wird bis auf weiteres zurückgestellt.**
- 3. Der Radwegausbau im Außenbereich soll nicht umgesetzt werden, da dieser keine durchgängig sichere Lösung für Radfahrende darstellt.**

Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag mit folgendem Abstimmungsergebnis zu:

Ja-Stimmen: 19

Nein-Stimmen: 2

Enthaltungen: 2

- 4. Änderung der Satzung über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage und die Versorgung der Grundstücke mit Wasser (Wasserversorgungssatzung – WVS) - Beratung und Beschlussfassung**

Bürgermeisterin Bodner leitet den Tagesordnungspunkt ein.

Amtsleiter Dickemann stellt die Sitzungsunterlagen vor und sagt, dass der Finanzausschuss dem Beschlussvorschlag mehrheitlich zugestimmt hätte.

Gemeinderat Schwarz äußert, dass Gebührenerhöhungen selten gern gesehen werden würden. Das Erfordernis sei jedoch da. Im Hinblick auf die Inflation sei die Erhöhung im Rahmen. Wasser- und Abwasserversorgung seien Daseinsvorsorge und die Gemeinde hätte viele Leitungen, welche unterhalten werden müssten.



Gemeinderätin Eisenbusch sagt, es sei im Ausschuss nicht einstimmig gewesen. Die Kalkulation basiere auf Vermutungen und Annahmen. Deswegen sei die Zustimmung unsicher. Vor vier Jahren hätte man ein positives Ergebnis erzielt. Dies solle auf die Bürger:innen umgelegt werden. Trotzdem werde die Zustimmung erteilt. Sollte ein negatives Ergebnis erzielt werden, müsse die Gebühr schnell erhöht werden. Für zukünftige Kalkulationen werde um verlässlichere Berechnungen gebeten. Bei der Abwassergebühr sei die Kalkulation entspannter. Hier gebe es eine Gebührensenkung.

Gemeinderat Dr. Vogel trägt bei, dass die Kalkulation immer aufgrund von Annahmen und Vermutungen basieren würde. Die CDU stimme zu.

Gemeinderätin Möller erteilt die Zustimmung zum Beschlussvorschlag. Kosten seien da und müssten gedeckt werden. Die Erhöhung halte sich im Rahmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Gebührenkalkulation den in Ziff. V genannten Festlegungen zu folgen.

Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

**5. Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung
(Abwassersatzung – AbwS)
- Beratung und Beschlussfassung**

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt

- 1. die Gebührenkalkulation für die Abwasserbeseitigung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und***
- 2. die in Ziff. 6.3 genannten Feststellungen zu beschließen.***

Das Gremium stimmt dem Beschlussvorschlag ohne weitere Diskussion einstimmig zu.

**6. Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung)
- Beratung und Beschlussfassung**

Bürgermeisterin Bodner leitet den Tagesordnungspunkt ein.

Gemeinderätin Rothweiler erklärt, sie werde sich gegen den Beschlussvorschlag aussprechen, da Familien und Menschen in allen Bereichen aktuell mehr bezahlen müssten. Man solle nicht immer alles erhöhen.



Gemeinderat Schwarz äußert seine Zustimmung, sagt aber, dass die Fraktion unterschiedlicher Meinung sei. Man müsse erhöhen, da die Finanzen in Pfinztal stark unter Druck geraten würden. In vielen Bereichen würden die Kosten steigen, z. B. in der Obdachlosen- und Flüchtlingsunterbringung oder bei der Unterführung Bahnübergang Söllingen. Die Erhöhung decke auch die Inflation. Die Erhöhung der Grundsteuer sei anders zu werten als die Erhöhung der Gewerbesteuer.

Gemeinderätin Eisenbusch sagt, die Erhöhung der Grundsteuer solle die steigenden Kosten decken. Laut Gesetz sollen diese z. B. durch Steuern gedeckt, dabei aber die Wirtschaftskraft der Zahler berücksichtigt werden. Es werde eine Erhöhung der Grundsteuer um 10 % und eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 5 % beantragt.

Gemeinderat Dr. Vogel erklärt die Zustimmung der CDU aus Verantwortung für die Gemeindefinanzen. Kommunen hätten viele Aufgaben übertragen bekommen, ohne dass die Finanzierung gesichert sei.

Gemeinderätin Möller ist nicht begeistert von der Erhöhung, eine Alternative gäbe es jedoch nicht. Die Ausgaben der Gemeinde müssten finanziert werden, sonst müssten Kredite aufgenommen werden.

Gemeinderat Dr. Rahn bittet um getrennte Abstimmung über die Hebesätze.

Bürgermeisterin Bodner bittet um Nennung des Antrags der SPD.

Gemeinderätin Eisenbusch sagt, es werde die Erhöhung der Grundsteuer um 10 % auf 350 % beantragt, sowie die Erhöhung der Gewerbesteuer um 5 %.

Beschlussvorschlag Verwaltung:

Der Gemeinderat beschließt die als Anlage 2 beigefügte Hebesatzsatzung mit Wirkung vom 01.01.2023, wodurch die Hebesätze für Grundsteuer A und B auf 390 % erhöht werden.

Das Gremium stimmt mit folgendem Abstimmungsergebnis dem Beschlussvorschlag zu:

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 9

Enthaltungen: 1

Antrag der SPD-Fraktion:

1. Der Gewerbesteuerhebesatz wird um 5 % auf 350 % erhöht.

Das Gremium lehnt mit folgendem Abstimmungsergebnis den Antrag der SPD-Fraktion ab:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 12

Enthaltungen: 0



7. Umsatzsteuerreform §2b UStG - Umsatzsteueranpassungssatzung
- Beratung und Beschlussfassung

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag der Gemeindeverwaltung ohne weitere Aussprache einstimmig zu.

8. Umsatzsteuerreform §2b UStG - Anpassung privatrechtlicher Entgeltregelungen
- Beratung und Beschlussfassung

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag der Gemeindeverwaltung ohne weitere Aussprache einstimmig zu.

9. Hallenbenutzungsordnung - Umsatzsteuerreform
- Beratung und Beschlussfassung

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag der Gemeindeverwaltung ohne weitere Aussprache einstimmig zu.

10. Benutzungs- und Gebührenordnung für das Bürgerhaus - Umsatzsteuerreform
- Beratung und Beschlussfassung

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag der Gemeindeverwaltung ohne weitere Aussprache einstimmig zu.

11. Benutzungs- und Gebührenordnung für den Selmnitzsaal und Multifunktionsraum
- Beratung und Beschlussfassung

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag der Gemeindeverwaltung ohne weitere Aussprache einstimmig zu.



**12. Umsatzsteuerreform - Tiefgaragenstellplätze Europaplatz
- Beratung und Beschluss**

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag der Gemeindeverwaltung ohne weitere Aussprache einstimmig zu.

**13. Umsatzsteuerreform - Vermietung Wohnwagenstellplätze Festplatz Wöschbach
- Beratung und Beschluss**

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag der Gemeindeverwaltung ohne weitere Aussprache einstimmig zu.

**14. Förderung von Kultur- und Sportvereine 2022
Beratung und Beschlussfassung über Gewährung von
a) Grundbeträgen
b) Jugendzuwendungen
c) Investitionszuschüsse**

Bürgermeisterin Bodner eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Amtsleiter Dickemann stellt den Tagesordnungspunkt laut Sitzungsvorlage vor.

Gemeinderat Gutgesell sagt, die Anzahl der Anträge würde zeigen, dass das Vereinsleben trotz Corona sehr lebendig sei. Den Anträgen werde gerne zugestimmt. Er dankt den Mitarbeiter:innen der Vereine.

Gemeinderätin Schaier empfindet es als schade, dass der Ausschuss am 15.11.2022 die Bezuschussung an den AB Verein nicht empfohlen hätte.

Gemeinderätin Rothweiler erklärt, sie sei davon ausgegangen, dass der AB Verein Zuschüsse von der Gemeinde Karlsbad, wo der Sitz des Vereins sei, erhalten würde.

Gemeinderat Vortisch betont, die Zuschüsse seien Anlass, den Vereinen zu danken. Er sei froh um die viele Vereins- und Jugendarbeit und erteilt Zustimmung. Der AB Verein könne ja eine Ortsgruppe in Pfinztal gründen. Er dankt der Verwaltung für die Vereinsförderung.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag der Gemeindeverwaltung einstimmig zu.



15. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Bodner teilt mit, dass die Verwaltung derzeit in Kontakt mit der Deutschen Bahn stehe bezüglich des Bahnübergangs in Kleinsteinbach. Diese würden sich im Januar melden. Außerdem stehen in Zukunft viele Großprojekte an, welche im nächsten Jahr nach und nach beginnen werden.

16. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium

Gemeinderätin Eisenbusch teilt mit, dass die SPD-Fraktion einen Prüfauftrag an Amtsleiter Kauter-Eby stellen würde. In einer Kreistagssitzung hätte der Landrat die Flüchtlingswelle als dramatisch beschrieben. Es müssten demnächst viele Flüchtlinge aufgenommen werden. Dies sei derzeit bei der dezentralen Unterbringung in der Gemeinde Pfinztal nicht möglich. Sie äußert den Wunsch an Herrn Kauter-Eby zu prüfen, welche Flächen zur Verfügung stehen würden, die für Container-Anlagen gemietet werden könnten.

Bürgermeisterin Bodner antwortet, dass derzeit viele Möglichkeiten in Prüfung seien. Näheres werde im nichtöffentlichen Teil besprochen.

Gemeinderat Nickles sagt, dass vor kurzem ein Zirkus in Berghausen auf einer Wiese gewesen sei und den Untergrund kaputt gemacht hätte. Die Kosten der Herrichtung sollten an den Zirkus abgegeben werden.

Bürgermeisterin Bodner erklärt, dass dies geprüft werde.

Gemeinderat Hörter trägt bei, dass die Pfeiler bei der Zufahrt zum Schulhofparkplatz in Söllingen abends umgelegt werden sollten, damit die Hallenbad-Nutzer und Hallen-Nutzer dort parken könnten.

Bürgermeisterin Bodner sagt, dass die Pfeiler nach Rücksprache mit dem Landratsamt als untere Baurechtsbehörde wieder eingebaut worden seien. Dies sei aus Sicherheitsgründen geschehen, damit der Rettungsweg freigehalten werde. Es solle auf Parkplätze um das Gelände herum ausgewichen werden.

Gemeinderat Hörter betont, dass dies keine befriedigende Lösung für Hallenbad-Nutzer sei.

Gemeinderätin Frensch möchte wissen, wie weit die Wassertemperaturen im Hallenbad noch heruntergekühlt werden würden.

Amtsleiter Kauter-Eby antwortet, dass dies eine einmalige Absenkung gewesen und mehr auch nicht geplant sei.



17. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Keine Fragen oder Anregungen der Bürgerinnen und Bürger.

Vorsitz

Urkundspersonen

Schritfführung

Bürgermeisterin
Nicola Bodner

Gemeinderat
Markus Ringwald

Sarah Riegel

Gemeinderat
Tilo Reeb